



# die Brücke

Jahrgang 24

Februar / März 2006

Nr. 37

## Neues Sport- und Kulturzentrum für Weingarten

**Jetzt ist erreicht, was vor einem Jahr noch unerreichbar schien. Die Freude ist groß, doch bei aller Zufriedenheit sind auch gewisse Zweifel gewachsen, ob das alles, so wie es vereinbart worden ist, auch in der Zukunft Bestand haben wird.**

Nun ist jedenfalls eindeutig geklärt, dass der SV Germania auf dem bisherigen Grundstück anstelle der sanierungsbedürftigen Ringer-Halle ein neues Sport- und Kulturzentrum mit einem Gesamtaufwand von rd. 2,3 Mio. Euro errichtet. Wenn man den Eigenanteil bzw. die vom Verein zu erbringenden Eigenleistungen beim Abriss und Neubau berücksichtigt, bleiben noch 1,75 Mio. Euro auf dem Kapitalmarkt zu finanzieren. Für diese Darlehenssumme, die einen Anteil von rd. 77 v. H. der Gesamtinvestition beträgt und damit dem Anteil entspricht, den der SV Germania der Gemeinde für eine Weitervermietung an die Vereine für Trainingsstunden zur Verfügung stellt, bezahlt die Gemeinde eine Mietpauschale zuzüglich der hierbei anfallenden Betriebskosten. Dieser Vertrag ist auf 26 Jahre festgelegt. Die Mietzahlungen pro Jahr belaufen sich durchschnittlich auf ca. 150.000 Euro plus Nebenkosten.

Entscheidend ist, dass damit der erhebliche zusätzliche Hallenbedarf für Übungsstunden, Wettkämpfe und Veranstaltungen der Sport- und Kulturvereine in Weingarten langfristig befriedigt werden kann.

Wie sah es noch im Januar 2005 aus?

Nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 19.04.2004 über das kommunale Handlungs- und Entwicklungsprogramm war die Entscheidung über den Bau einer Sporthalle bei der Walzbachhalle bis zum Jahr 2010 ausgesetzt worden. Dies hieß im Klartext: Auf absehbare Zeit ist es nicht möglich, eine neue Sporthalle zu bauen. Ob die Gemeinde als Bauträger einer neuen Sporthalle überhaupt auftreten kann, ent-

scheidet sich nach 2010. Und Räumlichkeiten für die Kulturvereine hätten außerdem noch zusätzlich geschaffen werden müssen. Diese unerfreuliche Gemengelage stand darüber hinaus noch im Brennpunkt der vorrangig behandelten Verlegung des Freibads zum Hallenbad und der notwendigen Generalsanierung der Walzbachhalle.

Der SPD-Ortsverein hat im Zusammenhang mit der Diskussion über das Sanierungs- und Entwicklungskonzept „Walzbachhalle/Walzbachbad und Freibad“ im Januar 2005 eine öffentliche Gesprächsrunde mit den Vereinen gestartet, die auf ein breites Interesse und Zustimmung gestoßen war. Neben der Erörterung des notwendigen Sanierungsumfanges in der Walzbachhalle und der Kritik wegen der kostenintensiven Verlegung des Freibades zum Hallenbad wurden immer wieder die Forderungen nach zusätzlichen Hallenkapazitäten erhoben. In einer Resolution an den Gemeinderat vom 23. Januar 2005 hatten die Sport- und Kulturvereine an das Maßnahmenprogramm der Kommunalentwicklung LEG Baden-Württemberg erinnert, dass von einer Projekt begleitenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Vereinsvertretern gemeinsam erarbeitet worden war. Danach befand sich u. a. der Bau einer zweiteiligen Sporthalle für Training und Spielbetrieb in der obersten Priorität, aber die Angliederung des Freibadbereichs an das Hallenbad gehörte erst zu den mittel- und langfristigen Perspektiven bis 2010.

Deshalb sind von der SPD die Eigeninitiativen des TSV und des Ringervereins SV Germania begrüßt worden, mit denen beide Vereine eigene

Projekte vorgeschlagen haben. Der Gemeinderat hat sich letztlich für das Projekt der Ringer entschieden, nicht aber ohne dem TSV ausdrücklich für seinen fairen Wettbewerb zu danken. Bei der Projektion der neuen Ringerhalle konnten wichtige wirtschaftliche Grundprinzipien eingehalten werden. Zum einen ist es ein Zentrum, mit dem die Bedarfe der Sport- und Kulturvereine gemeinsam abgedeckt werden können. Zum anderen wird dies auch an den Forderungen deutlich, deren Erfüllung die SPD-Fraktion im Gemeinderat vor einer Zustimmung erfüllt sehen wollte:

1. Es gelang, den Eigenanteil des SV Germania auf 23 v. H. anzuheben.
2. Die Gegenfinanzierung der jährlichen Miet- und Betriebskostenzahlungen konnte über Kürzungen und Umschichtungen im Verwaltungshaushalt gesichert werden.

Nicht aufgegriffen hat die Gemeindeverwaltung unseren Vorschlag, zur Sicherstellung der Mietzahlungen mit den drei größten Nutzern der neuen Halle Rahmenverträge abzuschließen.

Aber halten wir doch fest: Durch die Einbindung der Vereine in die Diskussionen des Gemeinderates und durch offene und transparente Gesprächsrunden ist es gelungen, zu guter Letzt ein Ergebnis zu erzielen, das alle Beteiligten zufrieden stellt. Von vornherein war klar, dass die SPD auf der Seite der Vereine steht und alles tun wird, um wirtschaftlich vernünftige Lösungen zu unterstützen. Und noch besser ist, dass wir damit nicht alleine standen. Der Gemeinderat hat ja bekanntlich einstimmig der Beteiligung an dem Projekt des Ringervereins zugestimmt. Es geht voran in unserem schönen Weindorf!

Wolfgang Wehowsky

## Erneuerbare Energien: SPD schlägt Holzenergieverbund für Walzbachhalle und Hallenbad vor

**Die Nutzung regenerativer Energien ist „in“. Die stark angestiegenen Preise für Heizöl und Erdgas und die zu erwartende weitere Preisentwicklung vor dem Hintergrund der politischen Krisen im nahen Osten und des weltweit steigenden Bedarfs, besonders in China, führen bei den Menschen zu einem Umdenken. Der Einsatz von Holz erlebt in unseren Haushalten eine Wiedergeburt. Das Begehren, Schlagraum-Holz zu erlangen, ist gegenwärtig so stark, dass die Gemeinde Stutensee bereits eine Kontingentierung eingeführt hat.**

Die Gemeindeverwaltung und der Gemeinderat waren in Weingarten Vorreiter in der Nutzung von Waldrestholz als Energieträger. Auf Anregung der SPD konnte nach langer Überzeugungsarbeit vor einem Jahr in der Turmbergschule ein Heizkessel installiert werden, der mit Holzhackschnitzeln befeuert wird. Die gewonnene Heizenergie beliefert seither zuverlässig und kostengünstig die Schulen, das Rathaus und die Anrainer des Rathausplatzes.

Das Holz, ca. 350 Festmeter pro Jahr, stammt aus unserem Wald. Nach Einschätzung der Forstleute könnte unser Wald die zehnfache Holzmenge für Heizzwecke zur Verfügung stellen, ohne die Gesetze der Nachhaltigkeit zu verletzen. An neuen Entwicklungen tut sich aber nichts.

Die SPD hat bereits vor Jahren vorgeschlagen, die Heizungsanlagen der „Energieschlucker“ Walzbachhalle und Hallenbad von Erdgas auf Holz umzustellen.



Das Lager für Holzhackschnitzel in der Waldbrücke (mit einem Kuriosum: Die das Dach tragenden Rundhölzer verjüngen sich nach unten.)

Es bietet sich dabei an, einen Energieverbund zusammen mit Bauhof, Feuerwehr, Germaniahalle und Kindergarten St. Franziskus herzustellen. Die Vorteile wären beträchtlich. Neben der Minderung des Ausstoßes an Treibhausgasen, die ein erklärtes Ziel der großen Koalition ist, könnte eine hohe Versorgungssicherheit bei ei-

nem günstigen Preis erreicht werden. Und unser Wald würde vom vor sich hin gammelnden Holz gereinigt werden. Nur umsetzen muss man das Ganze. Wer kann den Bürgermeister überzeugen, dass dieses Projekt nun angegangen wird?

Herbert Wieczorek

## Was ist denn nun mit der Ganztageschule?

**Da fand nun im letzten Jahr eine Anhörung zum Thema Ganztageschule statt. Wenn man davon absieht, dass diese Anhörung vielleicht etwas mehr Eltern hätte interessieren können, war doch das Ergebnis recht positiv: Die Anwesenden waren sich einig, dass die vorgestellten Modelle von Ganztageschule sehr überzeugend waren und man sich nun konzeptionell mit diesem Thema für die Weingartener Hauptschule näher beschäftigen müsse.**

Und heute? Still ruht der See. Wir sind keinen Schritt weiter als im Sommer 2005. Wieder einmal sieht es ganz danach aus, als würde Weingarten eine Entwicklung verschlafen.

Bürgermeister Scholz verweist darauf, dass nun mal die Landesregierung weiterhin nur so genannte „Brennpunktschulen“ fördern würde und daher sowohl Gemeinde als auch Schulkonferenz wenig Sinn in der Entwicklung eines Konzeptes sähen, solange die Finanzierung durch das Land nicht geklärt sei.

Wir sehen das anders. Für die SPD stellen sich hier einige Fragen: Ist es nicht generell sinnvoll, rechtzeitig Konzepte zu entwickeln, um sie dann bei Bedarf sofort „zücken“ zu können? Muss Weingarten nicht sogar Pläne „in der Schublade“ haben, um bei den ersten zu sein, die „hier!“ rufen, wenn die Voraussetzungen für eine Förderung geändert werden?

Und vor allem: Ist der Hinweis auf die Landesregierung vielleicht sehr willkommen, weil man sich den modernen Gedanken einer Ganztageschule in Wirklichkeit gar nicht annähern möchte? Weil man immer noch der Meinung ist, dass Ganztagesbetreuung nur für kaputte Familien und verwahrloste Kinder notwendig ist? Weil viel-

leicht auch der eine oder andere Lehrer kein wirkliches Interesse an einer Ganztageschule hat, weil die freien Nachmittage gefährdet wären?

Offensichtlich muss auch immer wieder erläutert werden, dass es nicht um die Aufbewahrung vernachlässigter Kinder geht, die zu Hause nicht versorgt sind, sondern um ein pädagogisches Konzept, das alle Kinder optimal fördert und ihnen individuell beste Chancen im späteren Berufsleben bringt.

Wir meinen: Die Ganztageschule ist die Schulform der Zukunft, die für alle Kinder eine optimale Förderung bedeutet. Jeder Schulträger tut gut daran, sich rechtzeitig mit diesem Thema zu beschäftigen, Pläne und Konzeptionen zu erarbeiten, Finanzierungen zu erarbeiten und pädagogische Konzepte zu entwickeln. Andere Gemeinden, auch im Landkreis Karlsruhe, sind uns voraus und werden es wieder sein, wenn Weingarten erst dann mit den Vorbereitungen beginnt, wenn der Startschuss für eine allgemeine Ganztageschule fällt.

Daniela Schweitzer

### Impressum

Herausgeber:

SPD Ortsverein Weingarten

Redaktion:

Wolfgang Wehowsky

Redaktionsanschrift:

Wolfgang Wehowsky, Steingäßweg 5, 76356 Weingarten

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Autoren verantwortlich.

## Wann erhält der Bahnübergang Häcker eine Unterführung?

**Immer noch hat Weingarten einen schienengleichen Bahnübergang, den Übergang „Häcker“. Die Bemühungen, diesen Bahnübergang im Rahmen einer B3-Umgehung durch eine Unterführung zu ersetzen, waren nicht von Erfolg gekrönt. Die Gemeinde hat nun einen anderen, nicht ganz neuen Ansatz entwickelt, um zu einer Beseitigung des Bahnübergangs „Häcker“ zu kommen. Dieses Konzept sieht eine Verlegung der L559 weiter in den Süden der Gemeinde und gleichzeitig den Bau einer Unterführung vor.**

Im Oktober vorigen Jahres war der zuständige Minister Heribert Rech, Innen- und Verkehrsminister von Baden-Württemberg, zu einem sonst nicht üblichen Gespräch mit dem Gemeinderat in Weingarten, um zur ihm bekannten Verkehrssituation in Weingarten Stellung zu nehmen. Als einen ersten Schritt zur Realisierung dieses Konzepts, eben zur Beseitigung des Bahnübergangs „Häcker“, könne das Land als Träger der Straßenbaulast dort ein Planfeststellungsverfahren einleiten. Zitat aus der TBR Nr. 42/2005: „Minister Rech betrachtet einen Baubeginn zwischen 2008 und 2010 für realistisch, sofern die Planungen im Jahr 2007 abgeschlossen sein werden. Dann könnte im gleichen Jahr oder im Jahr 2008 das Planfeststellungsverfahren beginnen.“

Diese Prognose des Ministers ist allerdings an weitere Voraussetzungen gebunden, auch finanzieller Art.

Und ob es mit der Unterführung klappt, hat der Minister auch mit einem Fragezeichen versehen.

Weingarten hat Erfahrungen mit Ministerbesuchen und den Versprechungen, die bei solchen Besuchen gemacht werden. Solche Besuche neigen dazu, im Vorfeld von Wahlen stattzufinden. Manche der Versprechungen wurden nie eingelöst. Doch muss eingeräumt werden, dass das Versprechen des vormaligen Verkehrsministers Wissmann, die Aufhebung der Bahnübergänge „Kärcher“ und „Häcker“ könne vorgezogen (nicht abgekoppelt!) werden, zur Hälfte realisiert wurde. Hoffen wir, dass die Prognose von Herrn Minister Reh zutrifft und die zweite Hälfte der damaligen Wissmannschen Zusage in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann.

Prof. Dr. Claus Günther

## Abschied von unserem Freibad

**Wir trauern um unser nahezu 70 Jahre altes Freibad, das im Herbst 2005 durch den Mehrheitsbeschluss der Fraktionen der CDU, FDP und der Grünen Liste sowie der Vertreterin der FWV geschlossen und zu Grabe getragen wurde. SPD und WBB waren und sind gegen die Schließung unseres historischen Freibades, für das unsere Urgroßeltern und Großeltern vor Jahrzehnten tausende freiwilliger Arbeitsstunden ehrenamtlich erbracht hatten.**

Bei unserem Bemühen, das alte Freibad zu retten, mussten wir allerdings auch feststellen, dass ein solches bürgerschaftliches Engagement heute nicht mehr vorhanden wäre. Aus Sicht der SPD ist es ein Schildbürgerstreich, der alle Chancen besitzt, in das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler aufgenommen zu werden: Wir geben unser großzügiges Freischwimmbad auf, um für 1,2 Mio. Euro in Ergänzung zum Hallenbad ein zwar beheiztes aber wesentlich kleineres Freischwimmbad (von uns als „Torso“ bezeichnet) zu bauen.



Es handelt sich hier um Badewannen für Kinder und Nichtschwimmer, die als Badebecken ausgewiesen werden und sich auf einer stark verkleinerten Gesamtfläche befinden. Die für 2010 geplante zweite Stufe der Freibad-Verlegung mit

dem Bau eines Erlebnisbeckens darf aufgrund der angespannten finanziellen Situation ernsthaft bezweifelt werden.

Wir sagen voraus, dass die Zahl der Nutzer in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen wird, da die Bevölkerung allgemein enttäuscht sein dürfte, wenn die neue Anlage zum ersten Mal geöffnet hat. Ein Versuch zweier Fraktionen, die beiden Becken doch noch vergrößern zu lassen, war zwar gut gemeint, zeigte aber nur, dass es aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, einen adäquaten Ersatz für das alte Bad zu schaffen. Dieser Traum ist ausgeträumt. Nehmen wir also einen letzten Blick auf unser gewesenes Freibad.

Wer ab diesem Sommer ein Freibad mit Erlebnisbecken, großer Liegewiese und attraktiven Freizeitangeboten besuchen möchte, muss sich zwangsläufig entweder Richtung Durlach oder Bruchsal orientieren.



Wir wissen doch alle, dass dies mittel- und langfristig zu Einnahmeverlusten unseres Bäderbetriebes führen und das enorme Defizit in diesem Bereich weiter vergrößern wird. Wenn die Besucherströme erst einmal in die Freibäder und Baggerseen in der Region umgelenkt sind, dürfte es schwer fallen, in der Zukunft Entscheidendes zu verändern. Vielleicht ist das dann auch ein passendes Argument für die Befürworter der Freibadverlegung, auf die zweite Stufe einfach zu verzichten.

Wolfgang Wehowsky

## **Kirchberg-Mittelweg: Wie geht es weiter?**

**Noch ist die endgültige Bebauung des Weingartener Baugebietes „Kirchberg-Mittelweg“ nicht ganz in trockenen Tüchern. Manche Fahrwege sind unzumutbar, so ist zum Beispiel der Zugang für die Feuerwehr an manchen Stellen nur sehr eingeschränkt gewährleistet.**

Deshalb müssen unabwendbare und gesetzlich vorgeschriebene Erschließungsmaßnahmen fertig gestellt und auch abgerechnet werden. Diejenigen, die den Vorzug haben, schon in diesem Gebiet wohnen zu können, sollten darauf vertrauen, dass die Gemeinde willens ist, diese Erschließungen kostengünstig ausführen zu lassen.

Nun ist die Frage, wie es mit der weiteren Bebauung aussieht. In die Reihe der vielen Planungen, die es für dieses Baugebiet schon gab, haben sich die Vorschläge von Professor Telian eingereiht, der den vor sechs Jahren ausgelobten Wettbewerb gewonnen hat. Auch dieser Plan hat nicht alle Probleme gelöst, vielleicht einige weitere geschaffen und im Übrigen auch schon Änderungen erlebt. In welcher modifizierten Form wird dieser Plan endgültig verabschiedet werden?

Nach dem gegenwärtigen Stand der Kenntnisse über Ökologie und Mikroklima würde man heutzutage im Baugebiet „Kirchberg-Mittelweg“ keine Bebauung mehr zulassen. Aus diesen Gründen verbietet sich nach unserem Verständnis eine Flächenausweitung der Bebauung in Bereiche, in denen überhaupt noch keine Bebauung vorhanden ist. Eine verdichtete Bauweise scheidet unserer Meinung nach sowieso aus.

Ein möglicher Kompromiss wäre, von der (weiter oben liegenden) Planstraße B, die im Telian-Entwurf enthalten ist, nur den Teil zwischen Eisbergweg und Steinbruch zu realisieren.

Prof. Dr. Claus Günther

Am **Samstag, 11. März von 9.00 Uhr bis 10.30 Uhr** ist unsere Wahlkreiskandidatin **Ute Vogt** zu Gast an unserem Infostand auf dem **Rathausplatz**.

Machen Sie sich ein Bild von der SPD-Spitzenkandidatin und nutzen Sie die Gelegenheit, mit der künftigen Ministerpräsidentin unseres Landes ins Gespräch zu kommen.

## Auch Weingarten braucht einen „Kümmerer“ für die Jugendlichen

**Wenn die Rede auf Jugendliche kommt, sind sich die Älteren meist einig: Jugendliche machen Lärm, sind unhöflich, zerstören fremdes Eigentum und belästigen die Leute.**

Natürlich ist da auch etwas dran: Die Bewohner im Bereich Inneres Aufeld und Richtäcker zwischen Tankstelle und Festplatz beispielsweise können von nächtlichen Belästigungen und Müll in ihren Vorgärten berichten, von Alkoholexzessen und Zwölfjährigen, die werktags noch nachts um zwölf unterwegs sind. Die Schule beklagt Zerstörungen.

Umgekehrt haben wir aber auch erlebt, dass sich Weingartener Jugendliche an uns wandten und beklagten, dass sie kriminalisiert würden, weggejagt und angefeindet würden. Sie wollten einfach nur einen Platz, an dem sie sich ungestört treffen könnten.

Sie beschwerten sich über ältere Bürger, die überempfindlich auf Geräusche reagieren und selbst bei völlig normalen Betätigungen wie Mofafahren und Unterhaltungen die Polizei rufen. Die sich über die Existenz eines Jugendzentrums beschwerten, obwohl sie ihr Haus sehenden Auges in die unmittelbare Nähe gebaut haben, als das Jugendzentrum schon bestand. Die selber einmal jung waren, davon aber heute nichts mehr wissen wollen.

Dieser Konflikt ist so alt wie die Menschheit und wird auch nicht vollständig gelöst werden können. Man sollte aber von Gemeindeseite aus den Zustand nicht einfach so hinnehmen, sondern

sich an Modellen und Ideen anderer Gemeinden orientieren. Man muss versuchen, einen Ausgleich der Interessen – soweit es geht – zu schaffen, gegenseitiges Verständnis zu wecken und sich auf Regeln zu verständigen. Stutensee hat ein solches Modell: Dort gibt es einen ehrenamtlichen „Kümmerer“, der die Jugendlichen abends und am Wochenende aufsucht, ihre Probleme und auch die Gefahren kennt und bei Gefahren aktiv wird. Wir könnten uns vorstellen, dass eine solche Person eine Mittlerrolle einnehmen kann, an den sich beispielsweise Anwohner wenden können, wenn sie mit Jugendlichen Probleme haben, der vermittelt und Regeln vereinbart, den Ausgleich sucht und Verständnis weckt.

Das Modell erfordert eine gestandene, erfahrene Persönlichkeit mit Wohlwollen für Jugendliche, aber zugleich dem sicheren Blick für die Notwendigkeiten des Zusammenlebens und den Interessenausgleich.

Die Gemeinde kann sich aus diesem Themenfeld nicht heraushalten.

Daniela Schweitzer

## Flughafen für Weingarten?

**Stellen Sie sich vor, sowohl Weingarten als auch Stutensee wollen in ihrer Gemeinde einen Kleinflughafen haben. Aber es soll, wenn überhaupt, nur eine Gemeinde einen Flughafen erhalten. Was wäre dann, oder besser gesagt, was wäre dann los?**

In den Flächennutzungsplänen stünde vielleicht nur eine einzige Lizenz für Weingarten. Die Ortsoberrhäupter würden sich gegenseitig beschimpfen, sich der Großmannssucht bezichtigen und im Übrigen auf die Dringlichkeit eines solchen Kleinflughafens gerade in ihrer Gemeinde hinweisen, mit Blick auf die örtlichen Großnutzer und den „Kraichgau-park“, der nach einem Autobahnanschluss jetzt auch noch einen Luftnetzanschluss be-

nötige. Man würde in diesem Zusammenhang wieder daran erinnert, dass beiden Gemeinden gelegentlich auch ein eigener Autobahnanschluss im Kopf herumspukt. Zudem gäbe es Gerüchte, dass ein Investor aus Nordusbekistan schon Interesse am Betrieb eines Kleinflughafens gezeigt habe.

Vergessen wäre jede Parteizugehörigkeit, allein die örtliche Zugehörigkeit zählt. Schwar-

ze beschimpfen Schwarze, Rote bezweifeln den Sachverstand von Roten, Grüne verweisen jeweils auf die unter Naturschutz stehenden und vom Aussterben bedrohten Breitschwanzflosslern oder braunen Mehltau köcherfliegen, die in dem geplanten Flughafengebiet noch heimisch wären.

Jeden Tag ist der Flughafenstreit in der Presse. Auch frühere Bürgermeister geben per E-Mail ihren Senf zu diesem Thema. Bürgerinnen, Busfahrer, Obsthändler werden zum Thema interviewt. Die führende lokale Tageszeitung eiert entsetzlich herum, da das sonst übliche Freund-Feind-Bild bei diesem Thema nicht funktioniert.

Derjenige Politiker – nehmen wir mal an, er heiße Bettinger – der das Ganze entscheiden

muss, hüllt sich in Schweigen und erklärt, dass er die Sache in zwei Monaten entscheiden will. Bettingers liebe Parteiliebe Freunde weisen ihn in der Presse dezent darauf hin, dass sie die bevorstehende Wahl nicht interessiert und dass eigentlich nur eine Entscheidung möglich sei. Andere, aus der gleichen Partei, machen darauf aufmerksam, wie viele neue Arbeitsplätze nicht geschaffen würden, wenn die Entscheidung so fiele. Wo doch die Steuerzahler so viel daran mitzuzahlen hätten.

Deshalb seien wir froh, dass weder Weingarten noch Stutensee bisher die Absicht haben, einen Flughafen in ihrer Gemeinde zu bauen!  
Prof. Dr. Claus Günther

**„Die Kenntnis der Wirklichkeit ist Voraussetzung für gute Politik. Für mich lebt Politik von den Begegnungen mit Menschen. Denn nur wer die Lebenswirklichkeit der unterschiedlichsten Menschen kennt, kann Ministerpräsidentin für alle sein.“**

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg!

Wir, die SPD Baden-Württemberg und ich ganz persönlich, machen Ihnen ein Angebot: Das Angebot, am 26. März 2006 eine Landesregierung zu stellen, die geradlinig, glaubwürdig, sozial und demokratisch für unser Land steht.

Wir bewahren, was unser Land stark macht: wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt. Wir packen mutig an, was verändert werden muss und arbeiten daran, dass unser Land Spitze bleibt.

Wir stehen dafür ein, dass niemand – ob krank oder gesund, ob alt oder jung, ob in Arbeit oder arbeitslos – bei Veränderungen am Wegesrand zurückbleiben muss. Wir wollen die vielfältigen Kräfte Baden-Württembergs erneuern und setzen dabei auf das Wertefundament, das unser Land stark macht. Wir stehen für Sicherheit im Wandel.

Dafür bitte ich Sie am 26. März 2006 um Ihr Vertrauen.

Ihre

Ute Vogt



## Unsere Politik für Baden-Württemberg

- Wir stehen für ein Land, in dem in der Bildung und Ausbildung gleiche Chancen für alle herrschen.
- Wir stehen für ein Land, in dem Frauen und Männer Familie und Beruf miteinander vereinbaren können.
- Wir stehen für ein Land, in dem sozialer Fortschritt, Solidarität und ehrenamtliches Engagement unterstützt werden.
- Wir stehen für ein Land, in dem eine aktive Wirtschafts- und Forschungsförderung betrieben wird.
- Wir stehen für ein Land, das die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit erneuerbaren Energien offensiv vorantreibt.
- Und wir stehen für ein Land, in dem mit den Menschen gemeinsam gehandelt wird.



Bei der Landtagswahl am 26. März 2006 entscheiden Sie darüber, ob die hart erarbeiteten Vorsprünge Baden-Württembergs durch falsche Selbstgefälligkeit verloren gehen, oder ob das Land und seine Menschen ihre Stärken selbstbewusst und kreativ weiterentwickeln können.

Für eine geradlinige, menschliche und wertebewusste Regierung mit Ute Vogt als Ministerpräsidentin	Schlussbilanz der CDU-Regierung: Mit Günther Oettinger ist es kälter im Land geworden
Erfahrung Älterer Wütigen: Gerechter Lohn für gute Arbeit	Lohnkürzungen ab 40, Verhöhnung der Leistungen Älterer
Perspektiven für junge Menschen: Für jeden Jugendlichen ein Angebot	30 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, Vernachlässigung der Berufsschulen
Schulerfolg darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Keine Studiengebühren, Sprachförderung für alle	Reiche werden bevorzugt, Studiengebühren ab 2007, hohe soziale Auslese
Unterrichtsausfall stoppen	2.800.000 Schulstunden fallen aus
Familie und Beruf vereinbaren: Ganztagesplätze verdoppeln, beitragsfreies und verbindliches Vorschuljahr	Rote Laterne aller Länder bei der Kinderbetreuung
Sozialen Zusammenhalt stärken: Gesetzliche Rente sichern, Solidarität mit den Schwachen, Förderung von Ehrenamt und Sport	Ausstieg aus umlagefinanzierte Rente, sozialer Kahlschlag, Überforderung des Ehrenamts und Kürzungen beim Sport
Neue Energie fürs Land: Gegen Atomkraft, Anteil erneuerbarer Energien steigern	Bau neuer Kernkraftwerke, höchste Energiepreise in Deutschland
Bildung – Grundrecht für alle: Flächendeckende Ganztageschulen mit zusätzlichem Personal, sechs Jahre Grundschule	9000 Hauptschüler ohne Abschluss, Schulexperimente auf dem Rücken der Kinder
Gleiche Augenhöhe für Arbeitnehmer und Arbeitgeber: Erhalt von Tarifautonomie und Mitbestimmung	Zerschlagung von Arbeitnehmerrechten
Unser Land kann mehr: Ministerpräsidentin Ute Vogt – geradlinig, menschlich und wertebewusst	Schlussbilanz: Günther Oettinger – kalt, technokratisch und über die Köpfe der Menschen hinweg